

Montag, 21. November 1988, Nr. 271

Zur Person:

SIEGBERT ALBER, Vizepräsident des Europaparlaments und Christdemokrat, ist mit der derzeitigen griechischen Präsidentschaft im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft unzufrieden. Der sozialistische Ministerpräsident von Griechenland, Andreas Papandreou, sei seiner Aufgabe nicht gewachsen, „wie er auch biologisch seiner jungen Frau nicht gewachsen ist“, sagte Alber bei einer Landesdelegiertenkonferenz der CDU in Offenburg.



Papandreou und das letzte Aufgebot

Nach den jüngsten Affären gaben viele Prominente dem griechischen Premier einen Korb

Von Gerd Höhler (Athen)

Es sollte, so hatte Griechenlands Regierungschef noch vor einer Woche persönlich im Staatsfernsehen versprochen, ein „umfassendes“ sogar ein „bedeutendes“ Revirement werden. Aber als dann am Mittwochabend die neue Ministerliste über die Bildschirme flimmerte, machte sich allenthalben ungläubiges Staunen breit: Das sollte es gewesen sein?

Die fünfzehnte Kabinettsumbildung des Andreas Papandreou in sieben Regierungsjahren schien sich auf den ersten Blick nur dadurch auszuzeichnen, daß die Regierungsmannschaft nun auf stattliche 57 Minister und Staatssekretäre angewachsen ist — ein bemerkenswerter Rekord, zumal in Zeiten, da Sparsamkeit angezeigt scheint. Doch das stört noch die wenigsten.

Von der Regierungsumbildung hatten sich vor allem die Parteifreunde des Andreas Papandreou eine befreiende Wirkung versprochen, einen neuen Anfang, einen Ausweg aus dem größten politischen Skandal der griechischen Nachkriegsgeschichte, der Affäre Koskotas. Der seit zwei Wochen spurlos verschwundene Bankier und Verleger Jorgos Koskotas soll sich mit gefälschten Papieren Kredite erschwindelt, Einlagen seiner Bank privat verpulvert und, in Zusammenarbeit mit einer Staatsfirma, illegale Wafengeschäfte mit Iran und Irak betrieben haben. Schlimmer noch: Führende Regierungspolitiker werden von der Opposition beschuldigt, mit Koskotas zweifelhaft finanzielle Transaktionen abgewickelt, die sich anbahnende Aufdeckung des Skandals verschleppt und Koskotas schließlich zur Flucht verholfen zu haben, um so weitere Enthüllungen zu verhindern.

Daß die Vorwürfe aus der Luft gegriffen sind, glaubt man mittlerweile selbst in den Reihen der regierenden Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) nicht mehr. Unüberhörbar ertönte während der vergangenen Wochen der Ruf nach „Katharsis“, nach einer tiefgreifenden Säuberung. Doch davon kann bisher keine Rede sein, auch wenn sich nun ein unter dem Druck der konservativen Opposition eingesetzter Untersuchungsausschuß des Parlaments mit dem Skandal beschäftigen soll. „Allgemeine Enttäuschung“ registrierte die linksliberale Tageszeitung „Eleftherotypia“ am Tag nach dem Revirement. „Empörung“ in der PASOK stellte das früher als Sprachrohr der sozialistischen Regierung geltende Blatt „Ethnos“ fest.

Die Kritik entzündet sich vor allem an einer Person: der des früheren Justizministers und Vizepremier Agamemnon Koutsorjorgas. Erst in der vergangenen Woche war Koutsorjorgas unter dem Druck der gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurückgetreten. Die Opposition beschuldigt ihn, die längst fällige Strafverfolgung des zweifelhaften Bankiers verschleppt

und seine Verhaftung vereitelt zu haben. „Wer zuletzt lacht, lacht am besten“, hatte Koutsorjorgas anlässlich seines Rücktritts erklärt. Lustig ist die Affäre längst nicht mehr, aber inzwischen versteht man, warum Koutsorjorgas so guter Laune ist: Der ehemalige Justizminister steht nun als strahlender Held und starker Mann der neuen Regierung da. Er wurde von Papandreou auf den einflußreichen Posten des Präsidialministers befördert und hat so in der Kabinetthierarchie nur noch den Regierungschef über sich. „Koskotas wird sich totlachen“, vermutete die Zeitung „Eleftherotypia“.

Seine juristischen Kenntnisse kann der frühere Justizminister und Rechtsanwalt unterdessen auch im neuen Amt weiter nutzen: Koutsorjorgas führt gegenwärtig eine Reihe von Prozessen; beispielsweise gegen das linksgerichtete, gewöhnlich gut informierte Nachrichtenmagazin „Anti“, das ihm vorwirft, von dem in Bedrängnis geratenen Bankier sieben Millionen Dollar verlangt zu haben, um den Fall unter den Teppich zu kehren. Koutsorjorgas prozessiert auch gegen seinen früheren Fraktionskollegen Stathis Panagoulis, der ihn beschuldigt, gemeinsam mit dem griechischen Geheimdienstchef Kostas Tsimas bei einem Treff mit dem bereits untergetauchten Koskotas dessen Flucht ins Ausland arrangiert zu haben.

Einen unfreiwillig komischen Beitrag zu dieser Debatte lieferte die Staatsgesellschaft Olympic Airways. Panagoulis behauptet, Koskotas sei mit Hilfe von Koutsorjorgas und Tsimas am 6. November an Bord des Olympic-Fluges 241 aus Athen nach Mailand entkommen. Einen Reisenden namens Jorgos Koskotas weise die Passagierliste dieses Fluges nicht aus, teilte das Management der Luftfahrtgesellschaft daraufhin treuherzig mit.

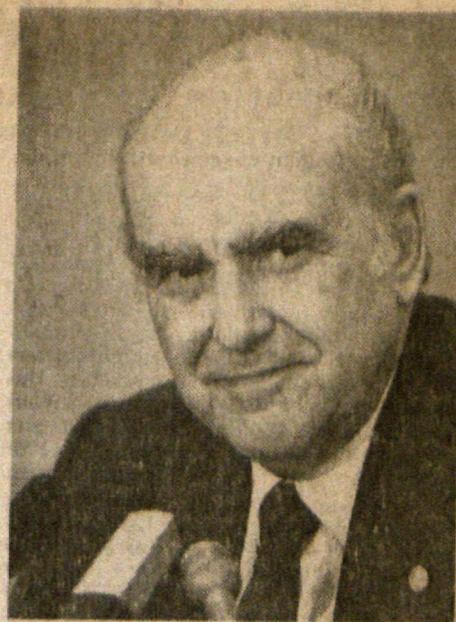
Wenngleich es Zweifel an der Authentizität der gegen Koutsorjorgas erhobenen Vorwürfe gibt und auch prominente Oppositionspolitiker im Verdacht stehen, mit Koskotas im Geschäft gewesen zu sein, so bleiben doch einige beunruhigende Fakten: Über die offenkundigen Unregelmäßigkeiten in Koskotas' „Bank von Kreta“ wurde ungewöhnlich lange hinweggesehen. Nur gegen den erbitterten Widerstand des Justizministers und unter Androhung seines Rücktritts konnte Zentralbankgouverneur Dimitris Chalikias schließlich eine offizielle Untersuchung gegen die Privatbank durchsetzen. Und obwohl bei dieser Überprüfung recht schnell klar wurde, daß mehrere hundert Dollarmillionen auf den Konten der „Bank von Kreta“ fehlten, blieb Koskotas auf freiem Fuß: Statt der üblichen 48 Stunden gewährte ihm die Justiz volle elf Tage, um zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen. Koskotas nutzte die großzügige Frist zur Flucht. Wäre es angesichts die-

ser Sachlage nicht klug gewesen, Agamemnon („Menios“) Koutsorjorgas bis zur Klärung der Vorwürfe aus dem Rampenlicht zu nehmen? Diese naheliegende Frage stellt man sich nun auch in der PASOK. Aber schon vergangene Woche wurde Papandreou von Athener Zeitungen mit dem Satz zitiert: „Ohne Menios kann es keine Regierung geben.“ Muß Papandreou, der sich in der Vergangenheit mehrmals mit Koskotas zu privaten Gesprächen traf, Rücksichten nehmen? Solche Fragen stellt man nun in Griechenland um so nachhaltiger, als neuen Koutsorjorgas auch ein zweiter der Gungelei mit Koskotas beschuldigter Minister befördert wurde: Jorgos Petsos tieg anlässlich der Kabinettsumbildung um eher bedeutungslosen Verkehrsminister in das Ressort für Öffentliche Ordnung auf, womit er nun oberster Dienstherr der griechischen Polizei wurde. Fast schon selbstverständlich erscheint es da, daß auch Papandreous Sohn Jorgos, dem ebenfalls enge Kontakte zu Koskotas nachgesagt werden, gleichfalls Minister blieb. „Die Verdächtigen als neue Garde“, konstatierte die Zeitung „Ethnos“ am Donnerstag in Riesenerletter auf der Titelseite.

Viel freilich deutet darauf hin, daß auch Andreas Papandreou die neue Mannschaft nicht als ideale Besetzung empfindet. Zwar hat er viel Übung im Aufstellen neuer Kabinettslisten; schließlich krepelte er seine Regierung im Schnitt alle sechs Monate um. Nur ein Minister scheint ein Dauerabonnement zu haben: Melina Merkouri, die seit Ende 11 auf demselben Stuhl im Kultusministerium sitzt. Die bisherigen Regierungsombudsleute schienen weniger dazu bestimt, den idealen Minister ins richtige Ressort zu setzen, sondern die innerparteilichen Balancen zu halten, verdiente Parteifreunde mit einem Platz am Kabinettschiff zu belohnen und allzu profitgütige Ressortchefs beizeiten wieder auf die Strafbank zu verweisen.

Esmal aber war es anders. Dieses Revirement wurde dem Regierungschef diktiert. Doch Papandreous Hoffnung, angesehen parteilose Persönlichkeiten ins Kabinettschiff holen zu können, erfüllte sich nicht. Der prominente Verfassungsrechtlerimitris Tsatsos war als Justizminister im Gespräch, auch der Komponist Mikis Theodorakis sollte der angeschlagenen Mannschaft neuen Glanz verleihen. Beide wollten nicht.

Früher drängte man sich in Athen nach Ministerposten, heute winken viele ab. oder der besonders im Ausland hoch angesehenen genießende frühere Wirtschaftsminister Kostas Simitis noch der als mächtig geltende Apostolos Lazaris möge ein Ressort übernehmen. Lazaris setzt, empört über die Behandlung der Koskotas-Affäre, aus der PASOK aus und nimmt seinen Parlamentssitz. Er



Von „Katharsis“ keine Rede: Papandreou

reagierte damit auf einen ihm, aber auch Simitis geltenden öffentlichen Zornesausbruch des Premiers, der am vergangenen Wochenende erstmals eingeräumt hatte, ihm seien aus den Reihen der eigenen Partei „unannehmable Bedingungen“ gestellt worden. Wer mit seinen Entscheidungen nicht einverstanden sei, solle gefälligst die PASOK verlassen, donnerte Papandreou im Staats-TV. Die Dissidenten, die eine rückhaltlose Aufklärung der Korruptionsvorwürfe fordern, verdächtigte Papandreou, sich an einer aus dem Ausland gesteuerten „Verschwörung“ zu beteiligen, die den Sturz der sozialistischen Regierung, mehr noch: die Beseitigung der griechischen Demokratie zum Ziel habe.

Doch auch dies verfehlte seine Wirkung. Mit sehr gemischten Gefühlen sehen viele PASOK-Funktionäre den spätestens im Juni nächsten Jahres fälligen Parlamentswahlen entgegen. Die Demoskopien machen den griechischen Sozialisten wenig Hoffnung: In den Umfragen führt inzwischen die konservative Opposition. In der PASOK werden immer offener Zweifel am Führungsstil des früher als unfehlbar geltenden Partei- und Regierungschefs geäußert. Erstmals sprach jetzt sogar Papandreous Sohn Jorgos offen aus, was viele denken: Die PASOK sei zu „autokratisch“ strukturiert, sie bedürfe der demokratischen Erneuerung, müsse sich auf die Zeit nach Andreas Papandreou einstellen und als Partei „lernen, auf eigenen Füßen zu stehen“.

Selbst alte politische Wegbegleiter, wie der sozialistische Parlamentspräsident Jannis Alevras, gehen nun auf Distanz zum Regierungschef. Das an die Dissidenten gerichtete Ultimatum des Parteichefs, sich ihm zu unterwerfen oder die PASOK zu verlassen, mochte Alevras nicht auf sich beziehen: „Ich werde der letzte sein, der die Partei verläßt“, sagte er. Man darf darüber rätseln, ob das wirklich eine Solidaritätserklärung an den Premier war.